

Thomas Kunze **Die Geschichte einer Verfassung**

Machtsicherung für Präsident Akajew oder Stunde Null der Opposition in Kirgistan?

Lange Zeit galt der kirgisische Präsident Askar Akajew als Hoffnungsträger für Demokratie und Fortschritt im zentralasiatischen Raum, bis die Zunahme von Massenprotesten, Streiks und blutigen Verfolgungen der Opposition diesen Ruf stark beschädigte. Höhepunkt der zunehmend autoritären Amtsführung Akajews war die Verfolgung und Verhaftung des populären Parlamentsabgeordneten Bek-nasarow, der ein von breiten Teilen der Bevölkerung gestütztes Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten initiiert hatte. Mit taktischen Zügen wie dem Zugeständnis an die Opposition, deren zentrale Forderung nach Einführung der Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber einem starken Parlament zu erfüllen, bewahrte Akajew schließlich seine Macht und erzielte die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zu einer Verfahrensreform, die zwar die Oppositionsforderungen nicht ansatzweise erfüllte, die jedoch den Regierungschef in die Pflicht nimmt, seinen vollmundigen Zusicherungen hinsichtlich der Stabilisierung von Demokratie sowie der Wahrung der Menschenrechte in Kirgistan substanzielle Schritte folgen zu lassen.

■ Das Referendum

Im Januar 2003 standen in den Ministerien und Regierungsbehörden der kirgisischen Hauptstadt Bishkek die Tastaturen still. Die gesamte Tätigkeit aller staatlichen Strukturen lag so gut wie lahm. Die Beamten waren in die Regionen abkommandiert worden. Ihr Auftrag: Sie sollten den Provinzfunktionären und der Landbevölkerung die „Vorteile“ der neuen kirgisischen Verfassung erläutern, die am 2. Februar 2003 zur Abstimmung stand. Die Gouverneure und Bürgermeister in den Bezirken, Kreisen und Städten verstanden die Botschaft der hauptstädtischen Sendboten: Ihre Posten seien nur dann gesichert, wenn sich der überwiegende Teil der Bevölkerung in den jeweiligen Gebieten für die neue Verfassung ausspricht.

Doch neben der Peitsche gab es auch Zuckerbrot. Kirgistans Präsident Askar Akajewitsch Akajew, der das Land seit 1990 regiert, wollte beim Verfassungsreferendum nichts dem Zufall überlassen. Er ließ die Gehälter für öffentliche Bedienstete erhöhen und – noch wichtiger – sogar auszahlen. Kulturschaffende bekamen höchste staatliche Auszeichnungen verliehen. Das staatliche Fernsehen stimmte die Bevölkerung mit Dauerpropaganda auf das Referendum ein.

Das Resultat der Staatspropaganda konnte sich sehen lassen. Von den ca. 2,5 Millionen wahlberechtigten Kirgisen stimmten 76,6 Prozent der neuen Verfassung zu.

Für Askar Akajew persönlich war das Referendum aus zwei Gründen wichtig. Zum einen bestimmt die

neue Verfassung, dass frühere Präsidenten und deren Familien lebenslang gegen Strafverfolgung geschützt sind. Zum anderen ließ sich Akajew bestätigen, dass er „bis Dezember 2005 Präsident der Kirgisischen Republik bleiben (...soll), um die vorgesehenen positiven konstitutionellen Veränderungen in die Tat umzusetzen“.

Mit der Annahme der Verfassung wollte der kirgisische Präsident einen Schlussstrich unter die Unruhen und Demonstrationen ziehen, die seit über einem Jahr sein Land erschüttern und mehrere Todesopfer forderten. Vor allem aber wollte er deutlich machen, dass er nach wie vor die Fäden der Macht in der Hand hält.

Lange Zeit galt Askar Akajew vor allem im Westen als Hoffnungsträger in Zentralasien. Anders als seine Kollegen in Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan und Tadschikistan entstammte er nicht der kommunistischen Nomenklatura der Sowjetunion, und anders als seine Kollegen setzte der diplomierte Physiker und bekennende Anhänger von Ludwig Erhard auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft.

Blutig niedergeschlagene Kundgebungen, Hungerstreiks und Protestmärsche mit Tausenden von Teilnehmern erschüttern diesen Ruf nun nachhaltig.

■ **Lange Zeit galt Askar Akajew vor allem im Westen als Hoffnungsträger in Zentralasien. Blutig niedergeschlagene Kundgebungen, Hungerstreiks und Protestmärsche mit Tausenden von Teilnehmern erschüttern diesen Ruf nun nachhaltig.**

■ Die Vorgeschichte

Die Vorgeschichte der nach wie vor nicht beigelegten innenpolitischen Krise Kirgistans reicht bis in den Herbst 2001 zurück und wirft gleichsam ein Schlaglicht auf die geostrategische Situation des Landes.

Kirgistan gehört seit dem Terror-Anschlag auf Amerika der Anti-Terror-Koalition an. Der Internationale Flughafen Manas bei Bishkek dient mittlerweile vor allem amerikanischen und französischen Truppen als wichtige Basis der Operationen in Afghanistan.

Doch anders als im autoritär regierten Nachbarland Usbekistan verliefen die Stationierungsverhandlungen mit dem Amerikanern in Kirgistan nicht protestfrei. Mehr als ein Drittel der Kirgisen hat Umfragen zufolge Angst, dass sich die kirgisisch-russischen Beziehungen wegen der Amerika-Freundlichkeit ihrer Führung verschlechtern könnten. Mittlerweile hat diese Angst auch die Regierung eingeholt. Im Dezember 2002 durfte Moskau in unmittelbarer Nähe

■ **Das mit 5,2 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 198 500 qm eher kleine Hochgebirgsland versucht, nicht zum Spielball der Großmächte zu werden, sondern dieses Spiel mit bescheidenen Kräften mitzubestimmen.**

zu den amerikanischen Truppen bei Bishkek einen eigenen Luftwaffenstützpunkt einrichten.

Das mit 5,2 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 198 500 qm eher kleine Hochgebirgsland versucht, nicht zum Spielball der Großmächte zu werden, sondern dieses Spiel mit bescheidenen Kräften mitzubestimmen. Da schwer vorstellbar scheint, dass die USA auf Dauer in Zentralasien präsent sein und Kirgistan mit dieser Präsenz vor erneuten groß-russischen Ambitionen schützen werden, schaut sich Kirgistan nach weiteren strategischen Partnern um und ist vor allem bestrebt, seine Beziehungen zum südöstlichen Nachbarn China auszubauen. China betreibt seit Mitte der neunziger Jahre eine wirksame, aber beinahe lautlose Zentralasienpolitik und konnte seitdem seinen Einfluss in der Region beständig ausbauen.

Im Zuge der Bemühungen, China als potenzielle Schutzmacht zu gewinnen, schlossen Bishkek und Peking im August 1999 eine Regierungsvereinbarung ab, die Grenzstreitigkeiten beseitigte. Im Mai 2002 ratifizierte das kirgisische Parlament trotz energischer Proteste der Opposition das entsprechende Gesetz. Die Annahme einer Verfassungsbeschwerde gegen den Grenzvertrag durch den Verfassungsgerichtshof in Bishkek konnte Akajew verhindern lassen.

Akajew setzte sich für das Gesetz ein, und zwar in einer innenpolitischen Situation, die aus verschiedenen Gründen sehr angespannt war. Vor allem in Südkirgistan gäbe es. Der Süden des Landes und dessen Grenze zu Usbekistan gilt als permanenter Unruheherd. Dort lebt die Hälfte der kirgisischen Bevölkerung. 13 Prozent davon sind Usbeken. Industrie gibt es hier kaum noch. Die meisten Fabriken sind genauso zusammengebrochen wie die alte Sowjetmacht. Übrig geblieben sind lediglich ein paar Uranminen. Die Armut und die Ausweglosigkeit der Bevölkerung sind erschreckend. Nachdem Usbekistan durch Einführung der Visapflicht den Grenzübertritt erschwert hat, ging schließlich noch die letzte Einnahmequelle vieler Südkirgisen – der Handel im Nachbarland – verloren. Die destabilisierenden Faktoren hatten sich zu einem kritischen Volumen angestaut.

Die Personalpolitik der zentralen Behörden in Bishkek tat ein Weiteres, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in der Region zu fördern. So waren Führungspositionen in der südkirgisischen Provinz

Dschalal-Abad in der Vergangenheit vorwiegend mit Kadern aus der nordkirgisischen Provinz Talass besetzt. Präsident Akajew selbst stammt aus dem Norden.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzend, nahm der aus Südkirgistan stammende Abgeordnete des kirgisischen Parlaments (Jokorgu Kenesch), Asimbek Beknasarow, den Vertrag zur Grenzbegradigung mit China zum Anlass, um gegen Präsident Akajew ein Amtsenthebungsverfahren zu initiieren.

Die Zustimmung, die Beknasarow erntete, war gewaltig. Das hing weniger mit seiner Person oder seiner Kritik an dem Grenzabkommen zusammen, sondern vielmehr damit, dass der Südkirgise von der Bevölkerung rein geographisch als einer der ihren betrachtet wurde.

Beknasarows eigentlicher Anlass zum Widerstand dürfte eher darin bestanden haben, dass sein Clan vor dem Hintergrund der engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft durch die Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten ständig an Einfluss verlor. Als Reaktion darauf scherte er aus dem „Konsens der Eliten“ aus und agierte offen gegen das System, von dem er früher selbst partizipiert hatte.

Die Reaktion der Staatsgewalt auf das positive Echo an Beknasarows Präsidenten-Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Im Januar 2002 wurde der Abgeordnete unter dem Vorwand, er hätte 1994 in seiner damaligen Eigenschaft als Ermittlungsrichter ein Verfahren in einem Mordfall rechtswidrig eingestellt, verhaftet.

Seine Verhaftung löste eine Protestwelle aus, mit der die Regierung nicht gerechnet hatte und die deutlich machte, dass sie den sozialen und politischen Unmut in Kirgistan, das bislang als „Insel der Demokratie“ in Zentralasien galt, unterschätzt hatte.

Die Mehrheit der kirgisischen Parlamentsabgeordneten forderte die sofortige Freilassung Beknasarows. Er selbst trat in den Hungerstreik, dem sich bis Ende Januar 2002 im ganzen Land über 350 Regimekritiker anschlossen. In Bishkek fanden Demonstrationen vor dem Parlament, dem Regierungsgebäude und dem Sitz der OSZE statt. Über 5000 Unterschriften wurden für die Freilassung Beknasarows gesammelt. Parlamentsabgeordnete wandten sich mit der Bitte um Unterstützung an den US-Kongress und an die OSZE.

Akajews Regime reagierte mit Repressionen. In Dschalal-Abad wurden einige Anhänger Beknasa-

■ **Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzend, nahm der aus Südkirgistan stammende Abgeordnete des kirgisischen Parlaments (Jokorgu Kenesch), Asimbek Beknasarow, den Vertrag zur Grenzbegradigung mit China zum Anlass, um gegen Präsident Akajew ein Amtsenthebungsverfahren zu initiieren. Die Zustimmung, die Beknasarow erntete, war gewaltig.**

rows festgenommen. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung Maßnahmen zur Einschränkung der Pressefreiheit. Oppositionelle Zeitungen erhielten Publikationsverbot. Ein neues Pressegesetz sicherte der Regierung einen mindestens zehnprozentigen Anteil an allen Medienunternehmen. Außerdem muss die Herstellung sämtlicher Druckerzeugnisse den Behörden gemeldet werden, selbst wenn es sich dabei um Bulletins internationaler Nicht-Regierungsorganisationen handelt.

Doch die Situation eskalierte weiter, als einer der für Baknasarows Freilassung Hungerstreikenden im Februar 2002 starb. Als Mitte März im Kreis Aksyj (Provinz Dschalal-Abad) schließlich der Gerichtsprozess gegen Beknasarow stattfinden sollte, versammelten sich mehrere Tausend seiner Anhänger, um gemeinsam in die Kreishauptstadt Kerben zu marschieren. Eine Spezialeinheit des Innenministeriums versperrte den Protestierenden den Weg. Aus den Reihen der Demonstranten flogen daraufhin Pflastersteine. Die Spezialtruppen erwiderten den Beschuss – allerdings mit scharfer Munition. Am 17. März 2002 starben in Aksyj vier Menschen, zwölf weitere wurden durch die Schüsse zum Teil schwer verletzt.

Die Protestaktionen traten damit in eine neue Phase. Am kommenden Tag versammelten sich im Zentrum von Kerben über 10 000 Menschen. Sie forderten diesmal nicht nur die Freilassung von Beknasarow. Die Solidaritätskundgebungen mündete rasch in einem Fundamentalprotest. Der Rücktritt von Staatspräsident Askar Akajew und die Durchführung von Reformen zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards waren zentrale Forderungen. Etwa 2000 Jugendliche bewarfen die Polizisten, die den Zugang zum Rathaus versperrt hielten, wiederum mit Steinen. Erneut eröffnete die Polizei daraufhin das Feuer. Ein 29-jähriger Mann wurde durch einen Kopfschuss getötet.

Akajew ahnte, dass er durch weitere Kämpfe mit den Demonstranten nur verlieren würde und setzte auf Deeskalation. Sein Ministerpräsident, Kurmanbek Bakijew, trat den Gang nach Canossa an. Am 19. März versprach er den in Kerben Protestierenden die Freilassung von Asimbek Beknasarow. Unter dem Jubel Tausender Anhänger kam dieser am Nachmittag auf dem Marktplatz der Provinzhauptstadt an.

■ Akajew ahnte, dass er durch weitere Kämpfe mit den Demonstranten nur verlieren würde und setzte auf Deeskalation. Sein Ministerpräsident, Kurmanbek Bakijew, trat den Gang nach Canossa an. Am 19. März versprach er den in Kerben Protestierenden die Freilassung von Asimbek Beknasarow. Unter dem Jubel Tausender Anhänger kam dieser am Nachmittag auf dem Marktplatz der Provinzhauptstadt an.

Die fünf toten Demonstranten aus Aksajj drohten Akajews Herrschaft ernsthaft zu gefährden. Der Präsident versuchte zu retten, was zu retten war. Er berief eine Untersuchungskommission, welche die Ursachen und Umstände der blutigen Ereignisse von Aksajj prüfen sollte. Am wenigsten überzeugte im Verlaufe der Untersuchungen der kirgisische Innenminister Temirbek Akmataliyew. Er erklärte, seine Polizei hätte leider über keine Gummigeschosse verfügt und musste deshalb scharfe Munition einsetzen.

Um seine Macht zu retten, entließ Staatspräsident Akajew im April 2002 die Regierung Bakijew. Er stellte in Aussicht, auch Mitglieder der Opposition ins neue Kabinett zu berufen.

Mit der Entlassung der Regierung war das Instrumentarium der traditionellen Machtstabilisierungsmaßnahmen erschöpft. Es kam nun darauf an, eine Regierung der nationalen Versöhnung zu bilden. Doch Akajew berief entgegen seiner ursprünglichen Ankündigungen keine Oppositionspolitiker zu Ministern.

Dennoch gibt es in der neuen Regierung zwei Politiker, die besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Neuer Ministerpräsident wurde Nikolaj Tanajew. Er ist Russe und gehört keinem der einflussreichen kirgisischen Clans an. Die Ernennung eines russischstämmigen Ministerpräsidenten war ein kluger Zug der Präsidenten und bedeutete einen Bruch mit der alten Tradition, diesen Posten mit einem Südkirgisen zu besetzen. Nikolaj Tanajew stellt keinerlei Gefahr und keine Konkurrenz für Akajew dar. Seit seiner Amtsübernahme agiert der neue Ministerpräsident politisch außerordentlich zurückhaltend und widmet sich vor allem wirtschaftlichen Fragen.

Mit der Besetzung des Außenministeriums unternahm Akajew einen weiteren geschickten Schachzug. Der neue Außenminister Askar Dschingissowitsch Aitmatow hat schon dadurch einen Beliebtheitsbonus, dass er der Sohn des wohl berühmtesten Kirgisen, des Schriftstellers Dschingis Aitmatow, ist.

Die Machtkrise konnte Präsident Akajew dennoch nicht beenden. Da die Verantwortlichen der blutigen Ereignisse von Aksajj nach wie vor nicht zur Verantwortung gezogen wurden, gingen die Proteste im Land weiter. Mitte Mai kam es zu einer neuen Welle von Protestaktionen, bei der unter anderem die Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Klara Adschi-

■ **Mit der Entlassung der Regierung war das Instrumentarium der traditionellen Machtstabilisierungsmaßnahmen erschöpft. Es kam nun darauf an, eine Regierung der nationalen Versöhnung zu bilden. Doch Akajew berief entgegen seiner ursprünglichen Ankündigungen keine Oppositionspolitiker zu Ministern.**

bekowa, verhaftet wurde. Die öffentlichen Kundgebungen erreichten einen weiteren Höhepunkt, als am 17. Mai ca. 3000 Einwohner des Kreises Aksyj die wichtige Verkehrsstraße Osch-Bishkek blockierten. Die Proteste dauerten bis Mitte Juni an und nahmen an Schärfe zu. Die neben den Kommunisten zweitstärkste (aber nicht im Parlament vertretene) oppositionelle Partei Ar-Namys (Moral und Würde) forderte nun vehement den Rücktritt von Präsident Akajew und die Freilassung ihres Führers Felis Kulow. Kulow hatte zwischen 1990 und 1999 verschiedene hochrangige Ämter inne. Er war unter anderem Bürgermeister von Bishkek, Chef des kirgisischen Sicherheitsdienstes, Innenminister und Ministerpräsident. Als er jedoch 2000 gegen Akajew für das Präsidentenamt kandidieren wollte, wurde er festgenommen, wegen Unterschlagung und Amtsmissbrauch unter Anklage gestellt und zu zehn Jahren Haft verurteilt.

■ Im Parlament konnte Akajew einen Etappensieg für sich verbuchen. Am 3. Juni 2002 billigte das kirgisische Oberhaus ein Amnestiegesetz, das diejenigen, die im März 2002 an den Anti-Regime-Demonstrationen teilgenommen hatten, genauso der Verantwortung entthob wie jene, die damals auf die Demonstranten das Feuer eröffneten. Akajew wollte damit den „Bürgerkrieg“ beenden.

Im Parlament aber konnte Akajew einen Etappensieg für sich verbuchen. Am 3. Juni 2002 billigte das kirgisische Oberhaus ein Amnestiegesetz, das diejenigen, die im März 2002 an den Anti-Regime-Demonstrationen teilgenommen hatten, genauso der Verantwortung entthob wie jene, die damals auf die Demonstranten das Feuer eröffneten. Akajew wollte damit den „Bürgerkrieg“ beenden. Der Sprecher der oppositionellen Partei der Kommunisten, Ischaj Masalijew, erklärte: „Man fordert uns auf zu verzeihen und Verzeihung zum gegenseitigen Vorteil zu üben. Wer hat die Verwandten der Getöteten um Verzeihung gebeten? Der Präsident? Wer hat die betroffenen Abgeordneten um Verzeihung gebeten? Mir gefällt die Definition „Bürgerkrieg“ nicht. Niemand bekriegt sich. Durchschnittsbürger protestieren gegen Aktionen der Judikative und der Exekutive. Das ist kein Kampf zwischen dem Norden und dem Süden [...]. Nicht zehn, hundert oder tausend Menschen protestieren, sondern mehrere Zehntausend gehen auf die Straße. Wenn man nicht wahrhaben will, was Zehntausende verlangen, so trägt das dazu bei, die Situation weiter zu verschärfen. Der Fall Beknasarow ist nur der Anlass der Unzufriedenheit, die Wurzeln reichen viel tiefer. Der wahre Grund liegt in der sozialen Unzufriedenheit. Doch uns droht kein Bürgerkrieg, es droht bürgerlicher Ungehorsam.“

Ein Vorschlag der Opposition, sich noch im Sommer 2002 auf dem Boden Aksyjs zu einem traditionellen Volks-Kurultai zu treffen, den Opfern der März-Ereignisse ein Denkmal zu setzen und gemeinsam mit der Regierung einen Ausweg aus der Krise zu suchen, wurde von Akajew abgelehnt. Die Administration bot alternativ ein Rundtischgespräch in Bishkek an. Daran wiederum wollten die Vertreter der Oppositionsparteien Ar-Namys und Ata-Meken (Vaterland) nicht teilnehmen.

Im August gründeten schließlich Vertreter von über 20 oppositionellen Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen gemeinsam mit Menschenrechtsaktivisten und einigen Parlamentsabgeordneten die „Bewegung für den Rücktritt von Präsident Akajew und für Reformen zugunsten des Volkes“.

Im November 2002 fanden in Kirgistan neue Protestkundgebungen statt. Am 15. November kamen gruppenweise ein paar Hundert Menschen aus dem Süden des Landes nach Bishkek. Sie führten Spruchbänder mit sich, auf denen sie die Bestrafung der Schuldigen von Aksij und den Rücktritt von Askar Akajew forderten. Aber sie trafen schon vor der kirgisischen Hauptstadt auf Polizeiblockaden. Mit Gummiknüppeln und Schilden ausgerüstete Sicherheitskräfte verhinderten, dass die Demonstranten ins Stadtzentrum gelangen konnten. Dort fand vor dem Parlament eine Großkundgebung zur Unterstützung von Präsident und Regierung statt. Bei den Teilnehmern handelte es sich überwiegend um Staatsbedienstete. Außerdem hatte der Vorsitzende des Bishkeker Stadtrates dafür gesorgt, dass die ihm unterstellten „Hausverantwortlichen“ (ein Relikt aus der Sowjetzeit) vor dem Parlament erschienen waren. Im Parlamentsgebäude selbst führten oppositionelle Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt eine Pressekonferenz durch, die schließlich von Mitgliedern der Akajew-treuen Demokratischen Frauenpartei gestürmt und beendet wurde. Die Proteste in den Provinzen jedoch gingen weiter, in den Novembertagen des Jahres 2002 wurden allein in Südkirgistan von der Polizei über 200 Demonstranten verhaftet.

■ Im November 2002 fanden in Kirgistan neue Protestkundgebungen statt. Am 15. November kamen gruppenweise ein paar Hundert Menschen aus dem Süden des Landes nach Bishkek. Sie führten Spruchbänder mit sich, auf denen sie die Bestrafung der Schuldigen von Aksij und den Rücktritt von Askar Akajew forderten.

■ Die Opposition

Die kirgisische Opposition ist zersplittert und vertritt inhaltlich eine Gemengelage verschiedenster Forde-

rungen. Eine davon ist der Wunsch nach stärkerer Öffnung des politischen Systems. Hierfür setzten sich vor allem die Parteien Ata-Meken und Ar-Namis ein. Doch während Ata-Meken mit ihrem Vorsitzenden Omurbek Tekebajew auch auf den Dialog mit der Regierung setzt, ist die Partei Ar-Namys dazu nicht bereit. Ihr derzeitiger amtierender Vorsitzender, Emil Alijew, befürwortet eine radikale Oppositionspolitik. Beide Parteien verfügen jedoch über eine eher schlechte Organisationsstruktur. Die einzige oppositionelle politische Kraft, die dieses Manko nicht beklagen muss, sind die Kommunisten. Die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes macht es ihnen außerdem leicht, durch nostalgische Verklärung der Sowjetzeit neue Anhänger zu finden. Es gibt zwei kommunistische Parteien: die 1992 registrierte Partei der Kommunisten Kirgistans (PDKK; Vorsitzender: Absamat Masaliew) und die 1999 zugelassene Kirgisische Kommunistische Partei (KKP; Vorsitzende: Klara Adschibekowa). Die PDKK ist mit sieben Abgeordneten im Parlament vertreten, die KPK betreibt außerparlamentarische Opposition. Ansonsten spielen die über 30 in Kirgistan registrierten Parteien im politischen System eine untergeordnete Rolle. Nur 15 der 105 Parlamentssitze werden über Parteilisten vergeben. Viel größer ist der Einfluss regionaler Clans und die Macht der Präsidentenfamilie. Die Heterogenität und Schwäche der Opposition zeigt sich allein schon darin, dass es Akajew immer wieder gelingt, deren Schritte mit neuen Versprechungen zu neutralisieren.

■ Die Verfassungskonferenz

■ ■ ■ Askar Akajew hatte im Frühsommer gehofft, die innenpolitische Situation durch die Neubildung seiner Regierung beruhigen zu können. Doch dieser Schritt hat den Druck auf ihn kaum vermindert. Nun sah er sich zu neuen Versprechungen und zur Erfüllung einer weitergehenden oppositionellen Forderung gezwungen. Der Präsident bekundete seine Bereitschaft zur Verfassungsreform und zur Einberufung einer Verfassungskonferenz.

Askar Akajew hatte im Frühsommer gehofft, die innenpolitische Situation durch die Neubildung seiner Regierung beruhigen zu können. Doch dieser Schritt hat den Druck auf ihn kaum vermindert. Nun sah er sich zu neuen Versprechungen und zur Erfüllung einer weitergehenden oppositionellen Forderung gezwungen. Der Präsident bekundete seine Bereitschaft zur Verfassungsreform und zur Einberufung einer Verfassungskonferenz.

Die Opposition hoffte, mit einer neuen Verfassung die Macht Akajews deutlich beschränken zu können, zumal Akajew prominente Oppositionsvertreter wie Asimbek Beknasarow, dessen Verhaftung die Ereig-

nisse von Aksyj ausgelöst hatte, zur Teilnahme an der Verfassungskonferenz einlud. Auch der Vorsitzende der Dachorganisation der oppositionellen Nicht-Regierungsorganisationen, Tolokan Ismailow, der sich der Unterstützung des amerikanischen National Democratic Institutes erfreut, nahm an den Beratungen teil. Ein dritter einflussreicher Oppositionspolitiker, den Akajews Administration in die Versammlung berief, war der Omurbek Tekebajew (Partei Ata-Meken). Er hatte im Oktober 2000 als Präsidentschaftskandidat gegen Akajew immerhin knapp 14 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen können.

Daraufhin erklärten sich die Akajew-Gegner bereit, auf weitere Protestaktionen zu verzichten und vorerst die Ergebnisse der Beratungen abzuwarten. Die Forderungen der Opposition waren eindeutig. Kirgistan sollte eine parlamentarische Regierungsform erhalten, die Parlamentssitze für die nach den Wahllisten der Parteien gewählten Abgeordneten sollten erhöht und die Regierung dem Parlament gegenüber stärker als zuvor rechenschaftspflichtig gemacht werden. Die Beratungen der Verfassungskommission mündeten in der Schaffung einer Expertengruppe aus Juristen, der es oblag, unter Berücksichtigung dieser Vorschläge die kirgisische Verfassung zu reformieren.

■ Die Forderungen der Opposition waren eindeutig. Kirgistan sollte eine parlamentarische Regierungsform erhalten, die Parlamentssitze für die nach den Wahllisten der Parteien gewählten Abgeordneten sollten erhöht und die Regierung dem Parlament gegenüber stärker als zuvor rechenschaftspflichtig gemacht werden.

■ Die Verfassung

Am 12. Januar 2003 legte die Expertengruppe ihren Verfassungsentwurf vor. Doch Akajew hatte nicht fair gespielt und seine Administration inzwischen ganze Arbeit geleistet. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fanden sich keine Vorschläge der Opposition in dem Entwurf wieder. Mehr noch – einige durchaus demokratische Entwicklungen der letzten zwölf Jahre wurden zurückgenommen. Anscheinend empfand Akajew seine Macht inzwischen als ausreichend genug konsolidiert, um nicht weiter auf die Forderungen der Opposition eingehen zu müssen.

Worin bestanden die wesentlichen Neuerungen im Verfassungsentwurf?

Einzige positive Veränderung: Das Parlament darf zukünftig über die Zusammensetzung der Regierung beschließen.

Ansonsten war der Entwurf ein Schock für die Opposition:

Die zweite Kammer des kirgisischen Parlaments wird abgeschafft. Im neuen Einkammer-Parlament sollen 75 Abgeordnete sitzen, die in ihren Wahlkreisen direkt gewählt werden. Die Schaffung eines solchen Einkammer-Parlamentes in einem kleinen Staat wie Kirgistan ist zwar durchaus sinnvoll. Im konkreten Fall führt sie jedoch zum Verschwinden sogar jener 15 Sitze, die bislang über Parteilisten vergeben wurden. Das Land soll bei kommenden Parlamentswahlen in 75 Wahlkreise aufgegliedert werden, deren Grenzen beinahe genau mit denen der Clan- und Stammesgebiete zusammenfallen. Die Einflussmöglichkeiten der lokal mächtigen Sippen auf den Wahlausgang wären enorm. Parallel dazu verlören die politischen Parteien weiterhin an Bedeutung.

Ferner soll der amtierende Staatspräsident durch die neue Verfassung mit dem Recht ausgestattet werden, seine Vollmachten bis Ende des Jahres 2005 auszuüben. Anschließend werden ihm, seiner Gattin und seinen Kindern lebenslange Immunität, eine Apanage sowie Bewachung auf Staatskosten garantiert.

Der Staatshaushalt Kirgistans, der früher vom Parlament gebilligt werden musste, wird nun allein von der Regierung bestätigt.

■ **Bereits am 13. Januar 2003, einen Tag nach Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes der Expertengruppe, legte Akajews Regierung als Termin für das Verfassungsreferendum den 2. Februar fest. Der Zeitpunkt war klug gewählt, der harte kirgisische Winter dämpfte die oppositionellen Initiativen zu öffentlichen Kundgebungen.**

Bereits am 13. Januar 2003, einen Tag nach Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes der Expertengruppe, legte Akajews Regierung als Termin für das Verfassungsreferendum den 2. Februar fest. Der Zeitpunkt war klug gewählt, der harte kirgisische Winter dämpfte die oppositionellen Initiativen zu öffentlichen Kundgebungen. Ohnedies war es innerhalb des Zeitraumes von gerade einmal zwei Wochen, der zwischen der Vorstellung des Entwurfes und der Abstimmung lag, kaum möglich, eine ausreichend starke öffentliche Protestbewegung aufzubauen.

Die oppositionellen Parteien einschließlich der Kommunisten mussten sich deshalb darauf beschränken, am 17. Januar gegen die Durchführung des Verfassungsreferendums zu protestieren. Kritik kam auch von internationalen Organisationen. Die OSZE und die US-Botschaft warnten Akajew davor, das Referendum so kurzfristig durchzuführen, da die Menschen nicht in der Lage seien, sich innerhalb weniger Tage mit den wesentlichen Verfassungsänderungen vertraut zu machen. Internationale Organisationen, so kritisierte man weiterhin, seien außerdem kaum in

der Lage, in der Kürze der Zeit Beobachter aus dem Ausland einzuladen.

Ungeachtet der Kritik stand der Entwurf der kirgisischen Verfassung, ohne vorher nochmals im Parlament beraten worden zu sein, am 2. Februar 2003 zur Abstimmung. Die OSZE verzichtete letztlich darauf, Wahlbeobachter zu entsenden.

Akajew wollte durch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung demonstrieren, dass sein Volk hinter ihm steht. Entsprechend groß war der Druck seines Regimes bei der Vorbereitung der Abstimmung. Schließlich nahmen 86 Prozent der wahlberechtigten Kirgisen an dem Referendum teil. Drei Viertel von ihnen sprachen sich für die Annahme der neuen Verfassung aus.

■ Das Fazit

Am 18. Februar 2003 unterzeichnete Präsident Askar Akajew das neue kirgisische Grundgesetz. Kirgisische Verfassungskommentatoren bezeichnen das Land nun offiziell als eine „präsidial-parlamentarische Republik“. Diese unentschlossene Formulierung ist bezeichnend für den Inhalt der Verfassung und die fragliche Zukunft Kirgistans.

Präsident Askar Akajew, der seinem Volk einst eine Demokratie westlichen Zuschnitts versprach und lange Zeit als eine Art „liberaler Fürst der asiatischen Schweiz“ galt, wird unter Beweis stellen müssen, ob er in der Lage ist, den Ruf Kirgistans als „demokratische Insel“ unter den autoritär regierten Staaten Zentralasiens zu verteidigen. Er selbst geht eher geschwächt aus den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate hervor und ist ein Präsident auf Abruf. Die Machtkämpfe um seine Nachfolge haben zwischen den Kirgistan beherrschenden mächtigen Clans bereits begonnen. Die oppositionellen politischen Parteien des Landes werden innerhalb dieser Machtkämpfe nur dann eine Rolle spielen, wenn es ihnen gelingt, die Zersplitterung zu überwinden, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu kanalisieren und eigene personelle Alternativen zum noch amtierenden Präsidenten aufzubauen.

■ Am 18. Februar 2003 unterzeichnete Präsident Askar Akajew das neue kirgisische Grundgesetz. Kirgisische Verfassungskommentatoren bezeichnen das Land nun offiziell als eine „präsidial-parlamentarische Republik“. Diese unentschlossene Formulierung ist bezeichnend für den Inhalt der Verfassung und die fragliche Zukunft Kirgistans.